

**Rede vom 13.09.2007 in der 126. Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtages am 13.09.2007 -
zum Thema:**

Sozialfonds einrichten und Kostenübernahme für Schülerbeförderung ändern

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Parallel zu dem sich in Deutschland abzeichnenden demografischen Wandel vollzieht sich eine weitere Entwicklung, die allmählich immer deutlicher wird, nämlich die Zunahme der Familienarmut und damit auch der Kinderarmut. Auf der einen Seite haben wir immer weniger Kinder, diese unterliegen aber einem immer größeren Armutsrisiko. Dabei ist die höchste Abhängigkeit bei alleinerziehenden Frauen mit Kindern gegeben. Hier sind fast 45 % auf Hilfe des Sozialamtes angewiesen.

Arme Kinder findet man im Übrigen überall in Städten und auch im ländlichen Bereich. Nicht nur Hartz-IV-Empfänger sind betroffen; auch in Teilen des Niedriglohnbereichs sind Familien arm. *die Eintrittskarte in die Gesellschaft überhaupt. Mangelnde Qualifikation ist das größte Armutsrisiko. 13,9 % der Empfänger staatlicher Hilfen in Deutschland sind ohne Schulabschluss. Das muss uns in der Tat zu denken geben. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben daher bereits einige Maßnahmen ergriffen. Ich will das nur in Stichworten aufzählen: Sprachförderung vor Schuleintritt, Kooperation zwischen Kita und Grundschule, Einrichtung von Ganztagschulen, beitragsfreies letztes Kindergartenjahr, 100-Millionen-Euro-Programm „Familie mit Zukunft“.*

Kinderarmut kann man an vier Punkten festmachen:

Erstens: materielle Grundversorgung. In Kitas und Ganztagschulen wird das Essensgeld von Eltern häufig später bezahlt oder werden Kinder ganz abgemeldet. Es mangelt an körperlicher Pflege oder gar an notwendiger Kleidung.

Zweitens: kulturelle Beteiligung. Es zeigen sich Auffälligkeiten beim Spiel- und Sprachverhalten. Nur 69 % der armen Kinder werden altersbezogen regulär eingeschult.

Drittens: die soziale Lage. Arme Kinder werden von anderen oft gemieden, damit isoliert und ausgegrenzt.

Viertens: die gesundheitliche Lage. Gesundheitliche Probleme oder Entwicklungsverzögerungen treten -das ist wissenschaftlich nachgewiesen bei armen Kindern häufiger auf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht um materielle Armut -aber nicht nur um materielle Armut, sondern um die Rahmenbedingungen insgesamt. Ich glaube, dass am Ende nur ein Gesamtkonzept helfen kann. Das ist recht komplex und vielfältig.

Was können wir tun, um zu helfen, und was haben wir getan? Ich möchte dazu fünf Punkte kurz aufzeigen:

Erstens. Wir müssen den Zugang zu Bildung absichern. Bildung ist

Zweitens. Neben Bildung brauchen wir Hilfestellung zur Organisation des Lebensalltags; denn dort, wo das Leben von der Hand in den Mund zur Norm wird, fällt perspektivisches Denken aus. Auch hier gibt es in Niedersachsen gute Ansätze, die sicherlich weiterentwickelt und weiter ausgebaut werden können. Ich nenne nur in Stichworten das Hebammenprojekt, Schuldnerberatung, Sozialpädagogen an Hauptschulen und Beratungsstellen für Familien insgesamt.

Drittens. Eine konsequente Beschäftigungspolitik verringert Arbeitslosigkeit und wirkt damit auch der Armut entgegen. Auch hier nur in Stichworten: Pro-Aktiv-Zentren, Förderung von Jugendwerkstätten und Projekte wie PRINT und NiKo.

Viertens. Wir brauchen Gesundheitsprävention. Ich nenne die von uns abgesicherte Schuleingangsuntersuchung und die von unserer Sozialministerin angestrebte größere Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen insgesamt.

Fünftens. Rahmenplanung und Stadtentwicklung dürfen nicht fehlen. Wir wollen keine Gettobildung. Besonders danken möchte ich deshalb für die konsequente Fortsetzung des Projektes „Soziale Stadt“ und die Einrichtung und Förderung von Mehrgenerationenhäusern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vieles ließe sich noch anfügen. Material, Daten und Fakten gibt es reichlich. Frau Eckel hat recht, wenn Sie sagt, dass wir kein Erkenntnisdefizit haben. Es steht also fest, es ist Handlungsbedarf gegeben, und niemand, auch wir nicht, will die Verantwortung auf andere Institutionen abschieben.

Es gibt positive Signale. Einiges davon habe ich für Niedersachsen aufgezählt. Darüber hinaus hat auch der CDU-Bundesvorstand unlängst einen ganzen Maßnahmenkatalog beschlossen. Die Kommunen sind auch mit dabei. Wie Sie wissen, gibt es zahlreiche Kommunen, die eine entsprechende Förderung aus eigener Kraft mit auf den Weg bringen. Ich meine, wir brauchen ein Bündnis aller gesellschaftlichen Institutionen -mit allen Ebenen: Kommune, Land und Bund. Ich darf Ihnen sagen, dass genau das in der Haushaltsrede von Müntefering auf Bundesebene thematisiert wurde. Herr Minister Müntefering hat ganz klar gesagt, dass er sich höhere Eckregelsätze für Kinder in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften vorstellen kann. Er sagt aber auch ganz klar, dass wir ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung von Kinderarmut benötigen. Nur mit einer Aufstockung von Geld dürfte es an der Stelle nicht getan sein.

Ich freue mich, wenn ich hier spüre, dass in dem Grundgedanken, Kindern zu helfen, durchaus Konsens deutlich wird. Insofern freue ich mich auf die Beratungen im Ausschuss. Beginnen wir mit einem entsprechend breiten Votum zur Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung. Darüber hinaus sind wir uns sicherlich darin einig, dass wir alles daransetzen müssen, den Teufelskreis zu durchbrechen, damit aus armen Kindern nicht arme Eltern werden, die wiederum arme Kinder haben. In dem Sinne freue ich mich auf die Beratungen im Ausschuss. -Vielen Dank.